



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

18.02.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen

Presseerklärung

Nach dem ablehnenden Votum des Beirates der Unteren Landschaftsbehörde zum geplanten Standort der Windenergieanlagen nördlich der Halde Ellinghausen hat unsere Fraktion abschliessend über den Nutzungskonflikt zwischen Naturschutzbelangen einerseits und Klimaschutzmassnahmen andererseits beraten.

Wir sind mit dem Beirat einig, dass ein Standort südlich des Holthäuser Baches eindeutig der geeigneter wäre. Dieser ist jedoch nicht mit der Interessenlage des Grundstückseigentümers Thyssen-Krupp vereinbar. Auf der Grundlage dieser eindeutigen Sachlage und der Tatsache, dass Nutzungskonflikte an jedem denkbaren alternativen Standort in Dortmund gegeben sind, hat sich die Fraktion mehrheitlich entschieden, dem Standort nördlich des Holthäuser Baches zuzustimmen.

Dabei ignorieren wir keineswegs die zu befürchtenden negativen ornithologischen Auswirkungen auf sensible und schützenswerte Vogelarten, die durch uns vorliegende Gutachten teilweise bestätigt, teilweise als weniger gravierend dargestellt werden. Uns ist aber bewusst, dass die entsprechenden Untersuchungen noch relativ jungen Datums sind und erst vergleichende Langzeituntersuchungen das Ausmass der möglichen negativen Auswirkungen erfassen können.

Auf der anderen Seite ist klar, dass in Dortmund nur wenige Standorte für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet sind und ein kompletter Verzicht auf weitere Windenergieanlagen aus der Sicht des Klimaschutzes aus unserer Sicht keine akzeptable Alternative darstellt.. Dortmund braucht klare Zeichen für den Willen, regenerative Energien zu fördern.

Konkret auf den Standort bezogen bedeutet diese Entscheidung, dass zum einen klar sein muss, dass die geplante Erweiterung des Naturschutzgebietes den Holthäuser Bach einbezieht und die Grenze des Gebietes nicht nördlich, sondern südlich des Baches verläuft. Eine weiteren Erschließung des Gebietes für Fussgänger und RadfahrerInnen muss in jedem Fall unterbleiben. Ornithologische Begleituntersuchungen sollten in diesem Fall selbstverständlich sein. Darüber hinaus muss es Bemühungen geben, die Belastungen während der Bauzeit und



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

der Wartungsarbeiten so gering wie möglich zu halten. Möglicherweise können die Auswirkungen der Windenergieanlagen auch durch Massnahmen im Naturschutzgebiet selbst (Schutzpflanzungen etc.) teilweise kompensiert oder wenigstens minimiert werden.

Allerdings sind die Eingriffe in diesen Landschaftsraum auch durch die Nutzung der Haldenfläche so gravierend, dass wir der Auffassung sind, dass im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes auf beabsichtigte Flächennutzungen verzichtet werden muss, um im Sinne von Grünvernetzung positive Effekte zu erzielen.

2. Osterfeuer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden der Verwaltungsvorlage zur stärkeren Reglementierung der Osterfeuer zustimmen, wobei wir durchaus der Meinung sind, dass es sich bei den Osterfeuern um ein Brauchtum handelt, dass auch in einer Grosstadt wie Dortmund gepflegt werden können soll.

Die Verwaltungsvorlage eröffnet dazu aus unserer Sicht ausreichende Handlungsspielräume. Zum einen wird die unterschiedliche Grösse der Stadtbezirke berücksichtigt, zum anderen unterliegt der Verbrennungsprozess selbst einer gewissen Kontrolle. Diese ist offensichtlich notwendig, um eklatante Luftbelastungen wie im letzten Jahr zu vermeiden.

Wichtig ist für uns, öffentlich zu vermitteln, dass Osterfeuer nicht zur Verbrennung unliebsamer Abfälle missbraucht werden und auch das Verbrennen von Gartenabfällen keine Alternative zum Schreddern, Kompostieren und Aufschichten von Totholz im Garten ist. Von daher werden wir zusätzlich beantragen, dass die EDG insofern eingebunden wird, dass kurz vor Ostern eine Sonderaktion durchgeführt wird, im Rahmen derer Gartenabfälle kostenlos abgegeben werden können. Die Umweltverwaltung sollte zeitnah öffentlich über die Genehmigungspraxis informieren und so wenig bürokratische Hürden wie möglich aufbauen. Beratung und Hilfestellung für die BürgerInnen müssen im Vordergrund stehen.